Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellungsschäden und in Streiks erhöht

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 36 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht, an den dreispaltigen Teil einer Textzeile) 1.50 M. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 255, Postscheck Dresden 2515. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 255. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.20 M. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 M. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Politik: Otto Gäbel, Dresden; Kultur: Alfred Frederik, Berlin; Übriger Teil: Erich Schumann, Dresden; Inserate: Fritz Fischer, Dresden. Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 255, Postscheck Dresden 12 000

8. Jahrgang | Dresden, Montag den 17. Oktober 1932 | Nummer 237

Nach Verhandlungen mit den Gewerkschaften neue Rede des Reichskanzlers

Papen vertraut auf die Gewerkschaftsbonzen

Regierung und Industrielle verlassen sich beim Lohnabbau auf „verständnisvolles Zusammenwirken mit den Gewerkschaften". Ruhrindustrielle signalisieren weiteres Anwachsen der Erwerbslosigkeit

Berlin, 17. Okt. (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend empfing der Reichsarbeitsminister die Vertreter der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften. Nach den offiziellen Mitteilungen gab er ihnen bekannt, welche „Milderungen" er bei der Arbeitslosenunterstützung durchführen wolle. Selbst nach den Mitteilungen der ADGB-Führer, handelt es sich um absolut ungenügende Zuschläge für einige Wintermonate und nur für einen Teil der Arbeitslosen.

Daß es sich dabei aber nicht nur um einige, im Zeichen der Wahlreklame der Regierung stehende „Zusicherungen" für die Erwerbslosen handelte, beweist die neueste, der nun schon traditionell gewordenen Sonntagsreden des Kanzlers, die er diesmals vor den westdeutschen Industriellen in Paderborn und Bochum hielt. Dort erklärte Papen, auf die Lohnverordnung vom 5. September bezugnehmend, er habe den „Eindruck" als haben sich die Schwierigkeiten ihrer Durchführung durch verständnisvolles Zusammenwirken von Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern bereits zum größten Teil gelöst.

Herr von Papen ist mit seinen Formulierungen sehr vorsichtig. Er weiß, was er den Bürokraten der freien und christlichen Gewerkschaften schuldig ist, um ihnen den Streikbruch und die Abwürgung der Kämpfe der Industriearbeiterschaft nicht allzu schwierig zu machen. Er spricht deshalb nicht von den Verpflichtungen auf die die Gewerkschaftsführer eingegangen sind, sondern redet lediglich von seinem „Eindruck" und das just einen Tag nach dem er sie neuerdings zu Verhandlungen beisammen hatte. Das was sich im Verlaufe der Streikkämpfe der letzten Wochen immer deutlicher zeigte und beim Kampf der Torgauer keramischen Arbeiter schon auf eine gewisse Spitze getrieben wurde, findet in den Worten des Kanzlers seine Bestätigung: **Die Gewerkschaftsbonzen organisieren im Auftrage der Papenregierung den Streikbruch und dort, wo sie anscheinend den Kampf der Arbeiter sanktionieren, tun sie es, um ihn so bald als möglich im selben Auftrage abzuwürgen und die Proleten an die Lohnräuber zu verraten. An dieser Tatsache kann das hysterische Geschrei der SPD-Presse nicht das geringste ändern und schon die nächsten Tage werden den Verrat der Papenknechte durch neue Tatsachen erhärten.**

Der Reichskanzler unterstrich in seiner Rede noch einmal ausdrücklichst seine Absicht der reaktionären Verfassungsänderung und kam dann auf die Lohnsenkungsverordnung zu sprechen, wobei er seinen „Eindruck" über die „Lösung der Schwierigkeiten" mit folgenden Worte bekräftigte:

> **Auch die Gewerkschaftsvertreter seien zu früher immer der Ansicht gewesen, daß für die Mehreinstellung von Arbeitern ein Entgegenkommen der Arbeiter am Platze sei.**

Sensationell war der Teil seiner Rede, der sich auf das Wirtschaftsprogramm bezog. Er erklärte in bezug auf die Kontingentierung und die Auslandsschulden:

> **„Es müsse erwartet werden, daß über das Bestehen des Stillhaberabkommens hinaus, das Ausland die von ihm nach Deutschland geliehenen Gelder konsolidieren müsse. Die Gläubigerländer können nur dann mit der Abzahlung der deutschen Auslandsschulden rechnen, wenn sie bereit sind, deutsche Waren als Zahlung dieser Schulden entgegenzunehmen. Das setzt voraus, daß sie unseren Waren ihre Grenzen öffnen. Nur wenn die Grenzen des Auslandes frei sind, werden die Auslandsverschuldungen Deutschlands in Höhe von 20 Milliarden Mark keine untragbare Last sein."**

So sollen also nach den Wünschen der Reichsregierung die Sachlieferungen in neuer Form auferstehen, mit denen dieselbe Regierung, die in der Außenpolitik und deren wirtschaftlichen Folgen auf der ganzen Linie Schiffbruch erlitt, trotz Kontingentierungspolitik Hoffnung auf die Ausfuhr erwecken, die in diesem Falle restlos aus den Taschen der Steuerzahler finanziert werden muß. So werden den Hungernden noch 20 Milliarden von derselben Regierung auferlegt, die vorgibt, nicht mehr zahlen zu wollen.

Die Kehrseite der Medaille

Was Papen in seiner Rede sagte und was die Industriellen auch in der für die Oeffentlichkeit bestimmten Debatte nicht zum Ausdruck bringen, das geht aus einem geheimen Schreiben hervor, in dem der tiefe Pessimismus der Industrie und die tatsächliche Wirkung der Verordnung zum Ausdruck kommt:

> **In der Berliner Presse wird ein Telegramm des Ruhr-Kohlensyndikats an die Papenregierung veröffentlicht, das ursprünglich geheim bleiben sollte. In diesem Telegramm bringen die Ruhrunternehmer ihre Befürchtungen über die Maßnahmen der Papenregierung zum Ausdruck, die „einen noch nie dagewesenen Tiefstand der Industrie" — wie es weiter heißt — „eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit!" zur Folge haben müßten.**

Das ist die Kehrseite der Medaille. Die Industriellen, die wie wir an anderer Stelle berichten, bereits durch den Reichsbankpräsidenten Sturm gegen die Kontingentierung und die dadurch bedingte Erschütterung der Währung Sturm laufen, sagen hier ganz unumwunden, daß die Papenverordnung zur weiteren Steigerung der Arbeitslosigkeit führen muß.

In diesem Zusammenhang gewinnen die Versprechungen Papens den Erwerbslosen gegenüber ein besonderes Gesicht. In einer Rede sprach er davon, daß das Reich die Wohlfahrtszuschüsse an die Gemeinden von 50 auf 60 Millionen erhöhe. Nach den Darlegungen, die er am Sonnabend den Gewerkschaftsführern gegeben hat, soll bei mindestens einem Zuschlagsberechtigten Angehörigen der Hauptunterstützungsempfänger 1 Mark wöchentlich, bei mindestens 3 Angehörigen 3 Mark und bei mehr als 4 Angehörigen 4 Mark Zuschlag zur Unterstützung erhalten. Die ADGB-Führer selbst befürchten jedoch, daß durch die verschärfte Handhabung der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit diese Zuwendungen illusorisch werden.

Nicht nur durch verschärfte Bedürftigkeitsprüfung, sondern durch das Anwachsen der Erwerbslosigkeit, dadurch, daß Hunderttausende aus der Erwerbslosenversicherung herausfallen, sind die Versprechungen schon illusorisch.

Daß die Regierung selbst mit neuen Entlassungen rechnet, geht auch aus der Bekanntgabe Papens hervor, die er den Gewerkschaftsführern zur Kenntnis brachte. Er erklärte,

> **„daß er den § 84, Abs. 4 des Betriebsrätegesetzes aufheben müsse, wo unbillige Härten bei Entlassungen vermieden werden sollen."**

Die Unternehmer haben also bei Entlassungen [illegible]

Massenstreikposten vereiteln Streikbruch

Erwerbslose und Streikende in einer Front. Der Kampf der Belegschaft von Fuchs & Co.

Dresden, den 17. Oktober 1932.

Auch heute morgen hatten sich vor dem Betrieb der Kartonagenfabrik von Fuchs & Co., deren Belegschaft sich im Streik gegen den Notverordnungslohnabbau befindet, wiederum Massenstreikposten eingefunden. Der Unternehmer hatte in einem Inserat in der bürgerlichen Presse bekanntgegeben, daß er Arbeiterinnen „zu Tariflöhnen" einstelle. Außerdem hatte er bei der „Jüdischen Wohlfahrtsfürsorge" Arbeitswillige angefordert. Die Arbeiterinnen, die erschienen waren, weil sie von dem Streik noch keine Kenntnis hatten, lehnten es ab, Streikbrecherarbeit zu leisten, nachdem sie durch den Streikposten aufgeklärt wurden.

Es arbeiten trotzdem einige Streikbrecher in dem Betrieb, die mit dem Lieferwagen in und aus dem Betrieb gefahren werden. Das Auto fährt diese dreckigen Elemente zu einer Dresdner Polizeiwache, wo sie dann unter dem Schutz der Polizei ausgeladen werden.

Als Beauftragter der Firma hatte sich heute vor dem Betrieb der erwerbslose Straßenbahner Ertel, Dresden, Cottaer Str. 17, für Mann der im Betrieb beschäftigten Direktrice eingefunden, um die Streikposten zu provozieren versuchte. Er besaß die Unverschämtheit, einen Streikposten zu stoßen, als dieser mit einer Arbeiterin sprach, die sich auf Grund des Inserates zur Arbeitsaufnahme melden wollte. Der Zweck dieses verbrecherischen Anschlages war, der Polizei einen Anlaß zu geben, gegen die Massenstreikposten vorzugehen. Doch dieser Versuch scheiterte an der Disziplin der Arbeiter.

Der Unternehmer erschien am Morgen ebenfalls vor dem Fabrikator und versuchte dort mit den Vertretern der Erwerbslosen und dem Streikkomitee über die Zurückziehung der Massenstreikposten zu verhandeln. Er erklärte dabei, daß er den 25prozentigen Lohnabbau nur im Auftrag des Unternehmerverbandes durchführen müsse. Wenn die Belegschaft die Arbeit wieder geschlossen aufnehme,

> **würde er sofort die paar Streikbrecher wieder auf die Straße werfen!**

An diesen Aeußerungen des Unternehmers ist klar zu erkennen, wie ihm das Feuer auf die Nägel brennt. Die Belegschaft ist entschlossen, ihren Kampf bis zum Sieg fortzusetzen.

Die Neugersdorfer Streikfront steht fest

Neugersdorf, 17. Oktober.

Der Streik der Belegschaft der Firma August Hoffmann wird mit unverminderter Schärfe fortgeführt. Die Betriebsleitung versucht mit Veröffentlichungen in der bürgerlichen Presse die Massensympathien der breiten Bevölkerung für die streikende Belegschaft zu untergraben.

Darin wird eine wütende Hetze gegen die Streikleitung eröffnet und eine Lanze für die Gewerkschaftsführer gebrochen. Es werden Verdienste der Arbeiter genannt, die sie einmal vor 2 bis 3 Jahren erzielt haben. Die Arbeiterschaft der Oberlausitz und die auch an dem Sieg der Arbeiter in ihrem Kampf gegen den Lohnraub interessierten Geschäftsleute, werden sich durch die Unternehmerhetze in ihrer aktiven Solidaritätsaktion nicht beirren lassen.

Bei der Fa. C. G. Hoffmann, wo sich die Belegschaft durch die Manöver der DTV-Bürokraten bisher noch vom Kampf abhalten ließ, wurden jetzt Entlassungen von Arbeitern vorgenommen. Sie erfolgen angeblich wegen „Arbeitsmangel"; in Wirklichkeit will die Betriebsleitung nur die aktivsten Kollegen aus der Belegschaft entfernen. Die Arbeiter müssen sich mit den Gemaßregelten solidarisch erklären und sich der Streikfront anschließen. **Nur im Kampf könnt ihr eure berechtigten Forderungen durchsetzen!**

Kampfbeschluß der Spitzenweber der „Gardine"

Dresden, den 17. Oktober 1932.

In einer Versammlung der Arbeiter der Abteilung Spitzenweberei der „Gardine" in Dobritz wurde das Verhandlungsergebnis des SPD-Betriebsrates, das einen Lohnabbau von 18 bis 23 Prozent für die 31. bis 48. Stunde vorsieht, mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt. Die von den Betriebsräten vorgelegte Entschließung, die auch nach mehrmaligen Abstimmungen abgelehnt wurde, sollte gleichzeitig eine Vertrauenskundgebung für die SPD-Betriebsräte werden. Die Spitzenweber haben ihnen die richtige Antwort gegeben. Jetzt gilt es nicht länger zu zögern, sondern den Streik aufzunehmen.
Textil: Neue Textilarbeiterstreiks.

Neue Textilarbeiterstreiks

Chemnitz, den 15. Oktober 1932.

Gestern sind in Chemnitz zwei Textilbetriebsgruppen neu in den Streik gegen Notverordnungslohnabbau und gegen den Abbau übertariflicher Löhne getreten. Es sind dies die Belegschaften der Strumpffärberei Jahn, Schönau, und der Teppichweberei Loewenthal.

Verstärkt die Sammelkampagne!

Zwei Genossen sammelten in Kötzschenbroda in zwei Stunden die Summe von 16.80 Mark. Die Ortsgruppe sandte weiter 10 Mark für den Wahlfonds. Ottendorf-Okrilla als 2. Rate 10 Mark. Kleinnaundorf 6 Mark. Stadtteil 12: 1. Rate 12 Mark, 2. Rate 7,80 Mark.

Stadtteil 6, Dresden, meldet: Teilergebnis der Werbung: 20 Mark. 2 Mitglieder wurden für die Partei aufgenommen. 251 Broschüren, 55 Arbeiterstimmen. 70 Häuserblockzeitungen und 10 Volksechos verkauft. Von den 251 verkauften Broschüren hat allein die Zelle H 180 Stück vertrieben.

Stadtteil 7 meldet: Ein Genosse der Stadtteilleitung sammelte mit seiner Frau in wenigen Stunden 15.30 Mark für den Kampffonds. Die Zelle D 16.85 Mark; Zelle B 16,73 Mark. Im Stadtteil wurden gestern 51.77 Mark gesammelt und für 44.90 Literatur umgesetzt.

Mit aller Kraft vorwärts für Liste 3